

Krieg um Wasser?

Autor(en): **Schilling, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-391402>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Krieg um Wasser?

Seit jeher ringen die Staaten dieser Welt um Einfluss und Macht. Der Kampf um Land, aber auch um wichtige Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas, wertvolle Metalle und Diamanten hatte dabei grosse Bedeutung. Zahlreiche Kriege wurden deshalb geführt. In jüngster Zeit werden sogar bewaffnete Konflikte um Wasser vorausgesagt. Doch ist diese Entwicklung so zwingend wie manche Wissenschaftler verkünden?

Walter Schilling

Eine Studie amerikanischer Fachleute vom März 2012 sieht eine ab dem Jahr 2022 erheblich zunehmende Gefahr von Krieg um Wasser, primär verursacht durch das rapide Bevölkerungswachstum und den Klimawandel. Besonders gefährdet sind einige Regionen in Süd-asien, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika.

Wasserknappheit schon heute spürbar

Eine Studie der UNO geht davon aus, dass die Weltbevölkerung von derzeit etwa sieben Milliarden Menschen bis zum Jahr 2040 auf etwa neun Milliarden anwachsen wird. Zu diesem Zeitpunkt würden die Süswasserreserven unseres Planeten nur noch etwa 60–70% des weltweiten Bedarfs decken. Die Studie macht darauf aufmerksam, dass sich auf unserem Planeten etwa 1,4 Mia. km³ Wasser befinden, von denen aber lediglich 2,5% als Trinkwasser nutzbar, jedoch teilweise nur schwer zugänglich sind. 69% der weltweiten Süswasserreserven sind in Gletschern oder im ewigen Eis gebunden. Etwa 30% lagern als Grundwasser in der Erde. Nur 0,3% des Süswassers kommen aus Seen und Flüssen und 0,7% bilden Bodenfeuchtigkeit, Grundeis, Dauerfrost und Sumpfwasser. Der Klimawandel könnte zudem die Gletscher weiter schmelzen lassen, so dass sich die Süswasserreserven weiter vermindern und die Ausbreitung der Wüstengebiete zunimmt. Einige dicht besiedelte Regionen der Welt bekommen die Wasserknappheit schon heute zu spüren. Es überrascht daher nicht, dass bereits Spannungen und Konflikte zwischen einigen Staaten aufgetreten sind und künftig noch stärker zunehmen könnten.

So gibt es derzeit Streit zwischen Pakistan und Indien um die Nutzung des Indus, dem einzigen grossen Fluss mit dessen Wasser Pakistan seine Landwirtschaft betreibt. Die Inder planen grosse Staudämme am Oberlauf des Indus, worauf die pakistanische Regierung mit Gegenmassnahmen gedroht hat. Die Appelle der Regierung in Islamabad an die indische Führung haben bislang keine Wirkung gezeigt; die beiden Atommächte könnten über diese Frage durchaus in einen ernsthaften militärischen Konflikt geraten.

Auch die rasch aufstrebende Grossmacht China, die 20% der Weltbevölkerung beherbergt, aber nur über 7% der Süswasserreserven verfügt, unternimmt derzeit enorme Anstrengungen, um die wachsende Industrie mit «sauberm» Strom und die Landwirtschaft mit dem nötigen Wasser zu versorgen. Von den 1950 vorhandenen 50 000 Flüssen in China gibt es heute nur noch deren 23 000. Vor allem der Norden des Landes leidet unter grosser Trockenheit. Vier Fünftel der chinesischen Süswasserreserven liegen im Süden, aber zwei Drittel des kultivierbaren Landes im Norden

Chinas. Allein mit dem Bau gigantischer Wasserreservoirs im Süden und dem Transport des kostbaren Gutes über neue Kanäle nach Norden lässt sich das Problem jedoch nicht lösen.

Problematische Staudammprojekte

Besonders problematisch ist der Plan der chinesischen Regierung, mit gewaltigen Staudämmen und den entsprechenden Wasserkraftwerken am Oberlauf des nach Südosten fliessenden Mekong und des Brahmaputra so viel Strom zu produzieren wie die USA und Kanada zusammen. Abgesehen von den hohen Kosten und den irreparablen ökologischen Schäden, die ein derartiges Vorhaben nach sich ziehen würde, hätte dies schwerwiegende Auswirkungen auf Chinas Nachbarn. Die Regierungen der am Unterlauf der beiden Flüsse liegenden Länder, wie etwa Vietnam, Bangladesch und Indien, sehen daher ihre eigene Wasserversorgung gefährdet. Sie dringen darauf, die Verteilung des Wassers vertraglich zu regeln. Doch gibt es seitens China keine Anzeichen dafür, den aufkommenden Interessenkonflikt von vorneherein zu entschärfen.

Die Gefahr eines Konflikts um Wasser hat nach den jüngsten Entwicklungen auch im Nahen und Mittleren Osten

Der Atatürk-Damm, das grösste Objekt des Südostanatolischen Projektes, ein ökologisch und ökonomisch fragwürdiger Stausee.

Bild: Rolf Tiemann



deutlich zugenommen. So streitet sich Israel schon seit mehr als einem Jahrzehnt mit Jordanien und den Palästinensern um das Wasser des Jordans. Zwar gibt es Vereinbarungen in den Osloer Verträgen von 1993. Die Bestimmungen sind jedoch nicht klar genug, um Meinungsverschiedenheiten auszuschliessen. Wesentlich problematischer scheinen allerdings die Interessenkonflikte in der Region des Euphrat und des Tigris zu sein. Die türkische Regierung baut das Südostanatolische Projekt mit insgesamt 22 Staudämmen zur Erzeugung von Strom und zur Nutzung in der Landwirtschaft. Die Regierung des Iraks und Syriens beklagen schon seit mehreren Jahren, dass diese Massnahmen die Wasserversorgung ihrer Länder wesentlich beeinträchtigt und weiter verschlechtern wird. Es ist bisher noch nicht zu ernsthaften Konflikten gekommen, der Weiterausbau könnte durchaus zu einer Konfliktsituation führen, wenn sich diese Staaten stark genug fühlen, ihre Interessen härter durchzusetzen.

Selbst an dem seit Jahrtausenden wasserreichen Nil können Konflikte künftig nicht mehr ausgeschlossen werden. Hier hat die äthiopische Regierung vor kurzer Zeit mit dem umfassenden und ehrgeizigen Bau des Renaissance-Damms begonnen, der unter anderem auch die Stromversorgung des Landes sichern soll. Das Parlament in Addis Abeba billigte jedenfalls einstimmig eine Entschliessung, laut der Ägypten das seit dem Jahr 1929 geltende Anrecht auf einen Grosseil des Nilwassers verlieren würde. Die Äthiopier werden die Tatsache nicht ausser Acht lassen dürfen, dass jede Einschränkung der Wasserversorgung im unteren Niltal von Ägypten nicht akzeptiert

werden kann. Schon die frühere ägyptische Regierung unter Husni Mubarak hatte stets klargemacht, dass eine derartige Massnahme ein «casus belli» sei. Und sobald das neue Regime in Kairo gefestigt genug ist, könnte ein militärischer Konflikt mit Äthiopien näher rücken, wenn man sich dort dem notwendigen Entgegenkommen verweigert.

Die Lösung: Kooperation und technische Massnahmen

Es lässt sich nicht leugnen, dass die Versorgung mit Wasser schon derzeit, aber erst recht in Zukunft, viel Potential für bewaffnete Konflikte bereithält. Selbst

Planeten dem Selbstlauf zu überlassen und der Entwicklung von bewaffneten Konflikten hilflos gegenüber zu stehen, dürfte der richtige Weg in der Kooperation der Staaten liegen; diese ergibt sich erfahrungsgemäss nicht von allein. Sie muss initiiert werden. Am besten geschieht dies durch die UNO, die über geeignete Gremien verfügt, um solche Themen wahrzunehmen. Dabei wäre es durchaus angebracht, wenn europäische Staaten einen Vorschlag einbringen würden.

Bedauerlicherweise ist bislang nur wenig bekannt, dass man die Frage des Zugangs zu Süsswasser auch durch konkrete technologische Massnahmen entschärfen könnte. Die sehr weit entwickelten

Fähigkeiten einiger Staaten wie etwa Israel, Spanien, Frankreich und Italien auf dem Gebiet der Meerwasserentsalzung sollte man künftig im grossen Stil nutzen. In den Weltmeeren ist dazu genug Wasser vorhanden. An der spanischen Costa del Sol, aber auch an den Mittelmeerküsten Frankreichs und Italiens arbeiten zahlreiche Meerwasserentsalzungsanlagen, die vorzügliches Trinkwasser liefern. Die Israelis verwandeln mit ihren entsprechenden Anlagen umfangreiche Landstriche, die sonst Wüste wären, in blühende Gärten. Dies könnte man in den ärmeren Staaten Afrikas, des nahen Ostens oder Asiens im Rahmen einer modernen Form von Entwicklungshilfe im grossen Massstab einführen. Dabei können einheimische Techniker etc. ausgebildet bzw. eingesetzt werden. So würde man sogar zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und zur Schaffung neuer technischer Strukturen beitragen, die vorher nicht vorhanden waren. Auch hier wäre es angezeigt, eine entsprechende Initiative über die UNO zu ergreifen. Zuschauen, wie sich Konflikte um die Süsswasserreserven der Welt aufbauen, ist jedenfalls keine Alternative. ■



Meerwasserentsalzungsanlage in Saudi-Arabien. Bild: arabianbusiness

alte, nicht genau formulierte Vereinbarungen könnten militärische Auseinandersetzungen verursachen. Überdies bleibt die Möglichkeit bestehen, dass einer der Partnerstaaten den Vertrag aufkündigt und versucht, seine Interessen unter Anwendung militärischer Gewalt durchzusetzen.

Immerhin gibt es eine Reihe von Abkommen über die Nutzung von Wasserreserven, die in eine vielversprechende Richtung weisen. So ist es bei der Aufteilung der Wasserreserven des Okavangobeckens in Südafrika gelungen, von zunächst einseitigen Planungen einiger Staaten zum Bau von Staudämmen und Kraftwerken, zu übergreifenden Gesprächen zu kommen. Angola und Botswana begannen nach anfänglich sehr unterschiedlichen Zielsetzungen schliesslich doch im Rahmen einer gemeinsamen Organisation eine grenzübergreifende Zusammenarbeit, die recht gute Perspektiven bietet.

Anstatt derartige wichtige Fragen wie die Nutzung der Wasserreserven unseres

habe



Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
E-29679 Benahavis